

Thomas Roithner

Aus freien Stücken und immerwährend

Ein Vergleich der Diskussionen um die Zukunft der Neutralitätsbewegungen in Nord-, Mittel- und Osteuropa innerhalb einer alternativen gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur

Wien, 17. April 2000

Zusammenfassung

Diese Forschungsarbeit gibt einen Überblick über die Aktivitäten, das Umfeld und die politischen Visionen eines friedlicheren Europa von Initiativen und Bewegungen für Neutralität und gegen einen Beitritt zu Militärblöcken. Basis dieser Arbeit sind qualitative Interviews mit VertreterInnen dieser Gruppierungen die mit der aktuellen wissenschaftlichen Literatur zum Thema Sicherheitspolitik und Neutralität gekoppelt wurden.

Die Kapitel 2 – 4 dieser Arbeit sind Grundlage für die Analysen der sicherheits- und neutralitätspolitischen Situation der einzelnen Länder und Bewegungen. In diesen drei Kapiteln wird ein Überblick bezüglich der europäischen Sicherheitsinstitutionen gegeben. Speziell wird dabei auf jene Punkte eingegangen, welche von den in Kapitel 5 und 6 analysierten Bewegungen kritisiert oder gefördert werden. Starke Ablehnung herrscht unter den interviewten NGO-VertreterInnen über die Nukleardoktrin der NATO oder deren Osterweiterung. Von den NGOs wird hingegen die gesamteuropäische Sicherheitsorganisation OSZE unterstützt. Dieses Kapitel schafft eine Basis für die Beurteilung der Organisationen und deren Aktivitäten. In Form von drei Blitzlichtern wird die sicherheitspolitische Lage Europas bewertet. Eines dieser Blitzlichter ist die Entwicklung in der Europäischen Union. Der Vertrag von Maastricht hat die Weichen für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in seinen Grundzügen festgeschrieben. Die Entwicklung der Militarisierung der Union wird bis zu den Beschlüssen des Rates in Helsinki im Dezember 1999 exakt nachgezeichnet. Auch hier wurden speziell jene Punkte herausgearbeitet, die

im Zentrum der Kritik der Neutralitätsbewegungen in den neutralen Staaten in der EU stehen: Der Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsindustrie, die Verschmelzung der WEU mit dem Militärpakt EU oder auch die Übernahme von „Kampfeinsätzen zur Krisenbewältigung“ in den EU-Vertrag.

Kapitel 5 fängt die Diskussionsprozesse in den neutralen Staaten Nord-, West- und Mitteleuropas ein. Analysiert werden dabei die Situation in Österreich, Finnland, in Schweden, Irland und der Schweiz. Die vier erstgenannten Staaten sind Mitglied der EU und mit der NATO über die NATO-PfP und über andere Institutionen verwoben. Die Geschichte der Neutralität, die politischen Rahmenbedingungen und die sicherheitspolitischen Orientierungen werden im Hinblick auf die Interpretation der Bewegungen für Neutralität dargestellt. Im Anschluß an diese politischen Ausgangssituationen erfolgt eine umfangreiche Analyse der Initiativen, Gruppierungen und Bewegungen für Neutralität. Unterschiedlich sind ihre Arbeitsweisen, ihre die Form der politischen Zusammenschlüsse, die politischen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Bewegungen sowie auch deren Vorstellungen für eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung auf Basis der Neutralität. Beschrieben werden in dieser Arbeit hauptsächlich Gruppen mit einem internationalistischen friedenspolitischen Zugang.

Kapitel 6 analysiert die Bewegungen für Neutralität in mittel- und osteuropäischen Ländern. Warum sich speziell in Tschechien und Ungarn breite Bewegungen für Frieden und Neutralität zusammengefunden haben, liegt einerseits daran, daß die Bevölkerung dieser Staaten aufgrund des NATO-Beitritts sicherheitspolitische Themen eher diskutierten mußten als die Bevölkerung anderer Staaten und andererseits, daß sich besonders in diesen beiden Ländern nach 1989 sehr schnell demokratische Spielregeln durchgesetzt haben. Interessant scheint auch die Situation in Polen, wo eine hohe Zustimmung der Bevölkerung zur NATO vorherrscht. Dort bildeten sich vor dem Beitritt kaum Gruppen, die sich mit Fragen der Sicherheitspolitik und der Neutralität auseinandersetzen wollten. Mehr oder weniger starke Bewegungen und Gruppen für Neutralität haben sich auch in Bulgarien, der Slowakei, in Rumänien, in Slowenien und dem Baltikum gebildet. Breiter Raum wird auch hier – wie Kapitel 5 – der Darstellung der Arbeitsweise, der aktuellen politischen Interpretation und den Vorstellungen und langfristigen Visionen

der Initiativen eingeräumt. Im Gegensatz zu Kapitel 5 wird von den Bewegungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten weniger die EU als die Osterweiterung der NATO kritisiert. Die Motivation für die Kritik und die alternativen Vorschläge sind jedoch in den Bewegungen der neutralen Staaten in der EU wie auch bei den Bewegungen in den MOEL von ähnlichen Motiven geprägt. Zu diesen Motivationen gehören beispielsweise die Atomwaffenfreiheit, ziviles Krisenmanagement, defensive Verteidigungssysteme, glaubwürdige Dialogstiftung, das Anbieten „Guter Dienste“, die Achtung des Völkerrechtes oder ernstgemeinte Abrüstungsinitiativen.

Selbstverständlich können die Bewegungen bezüglich ihrer politischen Orientierungen in den einzelnen Staaten nicht generell und zu pauschal zusammengefaßt werden. Dennoch lassen sich einige Trends und Gemeinsamkeiten herauschälen. In beinahe allen untersuchten Staaten klagen die Bewegungen für Neutralität über konservative und liberale politische Kräfte, die einen Militarisierungskurs der EU bzw. einen Beitrittskurs zur NATO unterstützen. In manchen Ländern geht die Einschätzung so weit, daß von einer Ignoranz bzw. einer Manipulation der Bevölkerungsmeinung in dieser Frage gesprochen werden muß. In Ungarn umschrieb eine analysierte Gruppe den Propagandafeldzug für die NATO als „brainwashing“. Als Reaktion auf die Unwilligkeit zur Militarisierung der EU oder dem Beitritt zur NATO wird von den herrschenden Eliten das Bild des isolierten Kleinstaates gezeichnet. Ein Staat, der sich ohne jegliche Zusammenarbeit – bis auf die Zähne bewaffnet – vor nicht näher definierten Feinden schützen muß. Demgemäß wird – und auch dies scheint ein gesamteuropäisches Phänomen zu sein – auch wenig über die zu erwartenden Kosten einer Militarisierung der EU oder einem Beitritt zur NATO gesprochen. Genauso wird die Diskussion über den Ersteinsatz von Atomwaffen und dessen Stationierung in NATO-Ländern von den politischen und militärischen Eliten marginalisiert.

Nicht nur in der Formulierung der Kritik an den sicherheitspolitischen Institutionen und Entwicklungen gibt es gemeinsame Anknüpfungspunkte der Bewegungen. Auch hier muß festgehalten werden, daß es keine einheitliche Positionierung einer gesamteuropäischen Neutralitätsbewegung gibt. Im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs wären die Mittel für militärische Konfliktaustragung besser in sozialpolitischen, bildungspolitischen und ökologischen Maßnahmen aufgehoben, so

die interviewten NGO-VertreterInnen. Eine deutliche Positionierung aller Gruppen und Bewegungen gibt es gegen die Stationierung von Atomwaffen und der Stationierung fremder Soldaten auf dem eigenen Territorium. Demgemäß leitet sich für viele Gruppen und Bewegungen die Forderung nach einer nuklearwaffenfreien Zone ab. Eine nuklearwaffenfreie Zone könnte auch der erste Schritt für eine Zone neutraler und nicht paktgebundener Staaten sein. Weitestgehende Übereinstimmung finden die Gruppen auch in ihrer Unterstützung der Aktivitäten der OSZE. Diese gesamteuropäisch arbeitende Organisation verfügt über die Grundvoraussetzungen, die viele VertreterInnen von NGOs aus der Friedens- und Neutralitätsbewegung teilen: Nichtmilitärische Intervention, Krisenprävention und die gleichberechtigte Mitgliedschaft aller europäischer Staaten. Obige Intentionen können durchaus als Grundpfeiler für die Weiterentwicklung bzw. Veränderung einer „Friedensmacht Europa“ sein.

Kapitel 7 versucht auf der Basis von Kapitel 5 und 6 Grundideen für das Projekt einer neutralen Zone in Europa zu entwerfen. Literatur existiert über diesen Teilbereich der Thematik sehr wenig. Um so mehr sind hier wieder die Interviews mit den VertreterInnen der Bewegungen von Bedeutung. In diesem Kapitel wird auch der von 137 Organisationen aus 33 verschiedenen europäischen Staaten unterstützte „Appeal for a neutral Zone in Europe“ dargestellt. Inhalte und die damit zusammenhängenden Strategien dieses NGO-Appeals werden diskutiert. Die Erfolge dieser Initiative blieb in erwiesenen Grenzen. Die von den NGOs immer wieder artikulierte Forderung nach einer nuklearwaffenfreien Zone wird im Unterkapitel 7.4. abgehandelt. Hier kann auf umfangreiche wissenschaftliche Fachliteratur zurückgegriffen werden.

Ein Neutralitätsstatus alleine reicht nicht aus, um für ein Land dauerhaften Frieden zu garantieren. Besonderen Wert – und diese Arbeit versucht einen Beitrag dazu zu leisten – hat die Neutralitätspolitik. Die rechtliche Basis in Kombination mit internationaler Diplomatie, dem Mitwirken an supranationalen Friedensprozessen, der geopolitischen Situation oder die innergesellschaftlich stabile Situation tragen zum Frieden bei. Dies unterstreicht auch, daß diese Arbeit kein Patentrezept darstellt, sondern daß die Friedensschaffung ein ständig gefährdeter Prozeß ist.

Im Anhang der Arbeit findet sich ein friedenspädagogisches Planspiel. Gruppen bis zu 25 Personen können damit die Problematik von NATO, OSZE, der medialen Berichterstattung und NGO-Initiativen in einem konstruierten und vereinfacht dargestellten Konflikt in einem Rollenspiel austragen.

Rückblickend auf diese Arbeit sind noch viele Forschungsfragen offen geblieben. Fragen, die nicht nur im Zusammenhang mit Neutralitätszonen von Relevanz wären. Beispielsweise die Formierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppierungen zu breiten Bewegungen oder das Verhältnis dieser Bewegungen zu international arbeitenden Organisationen wie der OSZE oder der UNO. Besonders die Sicherheitspolitik verfügt über ein augenscheinliches Demokratiedefizit. Nicht nur die politische Mitbestimmung sondern auch die Information der Bevölkerung findet weitestgehend nicht statt. Dies hängt nicht nur mit einem starren Festhalten der Menschen an gewohnten und erprobten Konzepten zusammen, sondern auch damit, daß die politischen Eliten eine breite Diskussion darüber scheuen. Selbstverständlich muß sich auch die weitere Erforschung von Methoden und praktischen Ansätzen für ziviles Krisenmanagement auf unserer Agenda ganz oben finden.